

Schattenseiten der Pariser UN-Klimakonferenz

Planwirtschaftlicher Irrweg

Die Teilnehmer der UN-Klimakonferenz in Paris sind sich sicher, Klimaveränderungen seien ein Problem und die Politik könne und müsse dieses lösen. Anstatt auf private, kooperative und friedliche Ansätze zu vertrauen, wird auf den Zwang des Staates gesetzt. Staatseingriffe zeitigen jedoch vielfache Folgen, die selbst ihre Befürworter ablehnen würden, wenn sie ihnen klar wären. Und so fördern sie munter nicht marktfähige Technologien. Diese planwirtschaftliche Technologieförderung behindert uns in vielerlei Hinsicht.

VON
PHILIPP
BAGUS

»Durch staatliche Eingriffe wird die technologische Entwicklung verschlafend.«

Die Ressourcen, die in die privilegierten Technologien gesteckt werden, stehen nicht mehr für bereits bestehende Alternativen oder die Entwicklung völlig neuer Technologien zur Verfügung. Wird wie in Deutschland veraltete Solartechnologie über Jahre hinaus subventioniert, behindern die alten Anlagen die Einführung von neuer Technologie, sobald diese markteffizient ist.

Durch die Subventionen werden Milliarden Steuergelder verbrannt und Ressourcen verschleudert. Die Wohlstandseinbußen sind enorm. Die Gesellschaft ist ärmer, als sie hätte sein können. Und je ärmer eine Gesellschaft ist, desto schwerer fällt es ihr, mit etwaigen Klimaveränderungen fertigzuwerden. Wer arm ist, kann sich schlechter präventiv gegen Naturkatastrophen schützen oder versichern.

Die Folgen der Technologiesubventionierung sind genau das Gegenteil dessen, was, zumindest offiziell, beabsichtigt ist. Denn vielleicht ist die Technologieförderung nicht Ausfluß von Un-

kenntnis, sondern dem Einfluß von privaten Unternehmen geschuldet, die ein Interesse an dieser Förderung haben. Natürlich profitieren Dieselmotorhersteller, Energiesparlampenbauer, Solar- und Windenergieunternehmen von der Subventionierung und versuchen auf die Politik einzuwirken, zu ihrem eigenen Vorteil. Verfolgen die Teilnehmer am Klimagipfel in Paris gar die Interessen von privilegierten Unternehmen oder Industrien? Oder ist es einfach Ignoranz?

Zunächst leitet der Staat die technologische Entwicklung in andere Bahnen, der Fortschritt wird verzögert oder ganz verschlafen. Ein Beispiel ist der steuerliche Vorteil von Diesel gegenüber Benzin in Deutschland und Frankreich. Unternehmen wie VW setzen daraufhin auf Verbesserungen des Dieselmotors, die Zukunftsmusik spielt woanders. Ein weiteres Beispiel ist das EU-Glühhilfenverbot, das die Energiesparbirne

Mittlerweile löst indes die in Japan serienreife gemachte LED die Glühbirne ohne Zwang in Riesenschritten ab. Die Energiesparbirne erweist sich als teure Sackgasse.

Zudem verschmutzen die geförderten Technologien die Umwelt teilweise stärker, so auch die quecksilberverseuchte Sparbirne. In Japan wird der Atomstrom durch die Abwägung von Katastrophenrisiken auf den Staat subventioniert, mit fatalen Folgen auch für die Umwelt.

Sachverständigenrat fordert teilweise Krankschreibung

Schonarbeitsplätze

Von Jörg Fischer

Geht es um die Asylkrise, spielen zehn Milliarden Euro mehr oder weniger keine Rolle. Wegen der „Schutzsuchenden“ sei das alternativlos, da sind sich Bundespolitik, Medien, Gewerkschaften und Wirtschaft einig. Geht es um Krankengeld für gesetzlich Versicherte, sind offenbar selbst 5,30 Euro ausreichend, um den Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR) zu beauftragen, radikale Sparkonzepte vorzulegen.

Von im Schnitt 52,83 auf 58,13 Euro ist zwischen 2006 und 2014 das Tagelohn gestiegen. Die Versichertenzahl stieg von 26,6 auf 29,3 Millionen. Das scheint trotz Inflation und Beschäftigungszuwachs offenbar unbezahlbar. Dabei ist schon der Vergleichszeitraum fragwürdig: 2006 war der Anteil des Krankengelds an den Leistungsausgaben der Kassen mit 4,12 Prozent extrem niedrig, 2014 waren es 5,48 Prozent, 2002 aber 5,63 und 1995 sogar 8,04 Prozent. Unter Helmut Kohl flossen 18,4 Milliarden harte D-Mark an längerfristige

Erkrankte, voriges Jahr waren es nur noch 8,8 Milliarden Euro.

Der SVR kann darin „keine dramatische budgetäre Entwicklung“ erkennen. Dennoch gäbe es „Handlungsspielraum“ zur Ausgabenreduzierung, etwa durch Streichen des Krankengelds für befristet Beschäftigte oder eine teilweise Krankschreibung: „Die Einstufung könnte auf 100, 75, 50 oder 25 Prozent Arbeitsunfähigkeit erfolgen und würde mit einer Verringerung der zu leistenden Arbeitszeit einhergehen.“ Der SVR spricht vom skandinavischen Vorbild – vielleicht sollte die Bundesregierung aber geschickter von „Schonarbeitsplätzen“ sprechen. Die gab es im DDR-Sozialversicherungsrecht, und dagegen kann die linke Opposition doch nichts haben, oder?

Das hat schon 1997 geklappt, als das damals auskömmliche Krankengeld prozentual auf Zonenniveau abgesenkt wurde. Auf die entstandene Versorgungslücke stürzten sich dann Versicherungskonzerne. Nur das dürfte diesmal wohl ausbleiben.

Nicht radikal genug

Euro-Kritik: Der Präsident des Münchner Ifo-Instituts Hans-Werner Sinn hegt doch noch Hoffnung

THORSTEN POLLEIT

Das Euro-Projekt läuft in die Sackgasse. Das ist die Botschaft des mehr als 500 Seiten umfassenden Buches aus der Feder von Hans-Werner Sinn, dem Präsidenten des Ifo-Instituts. Weitermachen wie bisher gehe nicht. Sonst drohten eine alle und jeden erdrückende Schuldenlawine und letztlich womöglich sogar eine Situation, in der sich „alle einander die Köpfe einschlagen“. Das sollte Grund genug sein, um sich mit Sinns Erkenntnissen genauer zu beschäftigen.

„Der Euro. Von der Friedensidee zum Zankapfel“, so der Titel der neuen Ausarbeitung: Kennntnisreich und dabei stets verständlich erklärt Sinn seinen Lesern, daß die Einführung des Euro in vielen Teilnehmerländern zunächst einen inflationären Kreditboom entfacht und dabei ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit ruiniert hat. Die betroffenen Länder müßten sich nun, um wieder auf die Beine zu kommen, einer Deflation unterziehen. Weil das aber politisch nicht durchsetzbar sei, sieht Sinn für sie nur eine Möglichkeit: Sie müssen zumindest zeitweise aus dem Euro austreten.

„Jeder muß für die Folgen seiner Taten einstehen“

Den Hauptgrund der Euro-Misere sieht Sinn in der „Aufweichung der nationalen Budgetbeschränkungen der jetzigen Krisenländer vor und während der Krise“. Daß die Regierungen gegen die „No-Bail-out“-Klausel im Maastricht-Vertrag verstoßen, zerstört „auch einen Grundpfeiler einer funktionierenden Marktwirtschaft, nämlich das Prinzip, daß ein jeder für die Folgen seiner Handlungen einstehen muß“. Die „Rettungspolitiken“ sorgen dafür, daß die Steuerzahler für die Mißwirtschaft anderer Länder einstehen müssen. Die Regierungen haben in ihrem „Rettungswahn“ die Bürger also in eine parlamentarisch abgesegnete Geiselfhaftung genommen, und zwar spätestens mit der Etablierung des „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM).

Mit Blick auf die Schuldensozialisierung erwähnt Sinn ein Lehrstück aus der Geschichte: Der erste amerikanische Finanzminister Alexander Hamilton machte die Schulden der Bundesstaaten, die zur Finanzierung des Sezessionskriegs aufgenommen worden waren, zu Bundesschulden, in der Hoffnung, diese Maßnahme würde die Union zusammenschweißen. Verlockt von der Aussicht, auch künftig ihre Schulden auf den Bund abladen zu können, verschuldeten sich hernach viele Bundesstaaten heftig. Auf den Kreditboom folgte der Niedergang. Bundesstaaten gingen reihenweise pleite. Der ESM ist, so kann der Leser schließen, also keine Lösung, sondern vielmehr ein Problemverstärker.

Seit Ausbruch der Krise sorgen die Target-2-Überziehungskredite für eine gigantische Umverteilung von Ein-

kommen und Vermögen zwischen den Euroländern – ein wirklich perfider Raubzug, den Sinn frühzeitig öffentlich entlarvt hat. Sie bedeuten, daß die EZB mit ihrer elektronischen Notenpresse die Leistungsbilanzdefizite der Krisenländer finanziert. Vereinfacht gesprochen, haben die Steuerzahler aus Ländern mit einem positiven Target-2-Saldo – wie Deutschland, die Niederlande und Finnland – das Nachsehen, die Steuerzahler aus Ländern mit einem negativen Target-2-Saldo – wie in Griechenland, Portugal, Spanien, Italien und Frankreich – profitieren.

Übrigens waren die Target-2-Exzesse bisher für die deutsche Exportwirtschaft alles andere als nachteilig. Die deutsche Exportindustrie hat seit Anfang 2008 einen Überschluß gegenüber dem Rest des Euroraums und dem Rest der Welt von insgesamt 474 Milliarden Euro erzielt. Das entspricht in etwa der Zunahme der deutschen Target-2-Forderungen von 461 Milliarden Euro. Etwa 97 Prozent des deutschen Exportüberschusses wurden also von der EZB mit neu geschaffenen Euro finanziert, so Sinn. Ohne die EZB wäre der Erfolg für die deutsche Gewinn- und Beschäftigungslage wohl nicht möglich gewesen.

Sinn hadert nicht, beim Anleihekaufprogramm der EZB im Verbund mit den Target-2-Überziehungskrediten Roß und Reiter zu nennen: „Die gemeinsame Druckerpresse wird benutzt, um die Staaten in gemeinsamer Haftung zu finanzieren. Das alles passiert nicht direkt, sondern auf hinreichend verschlungenen Wegen, um die Öffentlichkeit irrezuführen und den eigenen Juristen Scheinargumente für eine wirksame Verteidigung zu liefern.“ Sinn macht auch auf die mittlerweile gefährliche Machtansammlung bei der EZB aufmerksam. Vor allem weil „diese Institution in der Lage ist, zukünftige demokratische Entscheidungen zu präjudizieren, indem die fiskalischen Politikoptionen für die nationalen Parlamente eingeschränkt“ würden.

In der angestrebten Bankenunion sieht Sinn ein „System zur Kontrolle von Banken und einer partiellen Vergemeinschaftung ihrer Abschreibungsbelastungen“. Für ihn ist sie nicht etwa eine Versicherung, sondern in erster Linie eine Umverteilungsmaßnahme, „weil der Schaden schon eingetreten ist, bevor der Versicherungsvertrag geschlossen wurde“. Das erklärt auch den enormen politischen Druck, der von den französischen, spanischen und italienischen Regierungen auf Deutschland ausgeübt wurde, so Sinn: Ohne die Zustimmung Deutschlands zur Verlusthaftung würde auch noch das letzte bißchen Vertrauen in Banken aus den Krisenländern verpuffen.

Mit seinem Buch hat Sinn die bisher



Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn: Der „Euro-Fighter“ (Die Zeit) erklärt die Pferdefüße der Gemeinschaftswährung wie kein zweiter

wohl umfangreichste Chronik und Analyse der Probleme der Euro-Konstruktion vorgelegt. Sinn benennt aber nicht nur die Probleme. Er bietet auch Lösungen an. Hierzu zählen beispielsweise der zeitweise Austritt einzelner Länder aus dem Euroraum, Schuldenschnitte und das Verhindern einer dauerhaften Haftungs- und Transferunion. Für den Leser könnte der Eindruck entstehen, durch mutige Reformen, durch das Vereinbaren von besseren Regeln, wie Sinn sie vorschlägt, ließe sich die brisante Situation vielleicht entschärfen und zu einem guten Ende führen. Doch das wäre trügerisch.

Sinn verbleibt mit seinen Analysen letztlich doch auf der Ebene der Krisensymptome. Die zentrale Krisenursache kommt nicht zur Sprache: daß nämlich der Euro ein ungedecktes Geld ist, das jederzeit und in beliebiger Menge von der EZB geschaffen werden kann. Solch ein „Fiat-Geld“ bringt wirtschaftliche und politisch-ethische Probleme. Das ist in der ökonomischen Theorie seit langem bekannt. Der Fiat-Euro führt nicht nur zu Kreditbooms und -busts. Er leistet vor allem auch einer ungeahnten Ausweitung des Staatsapparates Vorschub, die bürgerliche und unternehmerische Freiheiten zurückdrängt und damit den Wohlstand aller schmälert.

Der Fiat-Euro ist kein Wegbereiter für Frieden und Wohlstand in Europa, für den ihn seine Befürworter halten und ausgeben. Im Gegenteil. Er ist eine der wohl wirkungsmächtigsten Triebfedern, die Europa immer tiefer in ein interventionistisch-sozialistisches Gestrüpp hineintaumeln läßt. Es gibt keine begründete Hoffnung, daß parametrische Reformen wie zum Beispiel eine „Neustrukturierung der Eurozone mit einer Konkursordnung, die das Prozedere für Schuldenschnitte im Verein mit einem temporären Austritt aus der Währungsunion und einem anschließenden Wiedereintritt regelt“, daran etwas ändern werden.

Sinn rüttelt nicht an den grundlegen-

den Glaubenssätzen, die im politischen Raum fest verwurzelt sind. Auch nach all seiner fundamentalen Skepsis gibt er die „Hoffnung für den Euro nicht auf“. Mehr noch: Er würde sogar so weit gehen, die „Vereinigten Staaten von Europa“ zu fordern; und er bedauert, daß sie sich „leider“ nicht verwirklichen lassen, daß die EU „vorläufig ein Staatenbündnis ohne starke Zentralgewalt bleiben“ wird. Wie sich solch ein Plädoyer angesichts der aufgelaufenen Probleme ökonomisch rationalisieren läßt, bleibt im unklaren.

Und leider schweigt Sinn sich auch über die Gefahren einer weiteren politischen Zentralisierung aus. Die Alternative zur Zentralisierung, der produktive Wettbewerb der Regionen und Systeme, findet sich in Sinns Lösungsreperoire nicht. Vielleicht, weil sie politisch als unrealistisch erachtet wird? Sie zu rehabilitieren und in die öffentliche Diskussion zurückzubringen, ist jedoch bitter nötig, wenn die Bürger im Euroraum eine friedvolle und prosperierende Zukunft haben sollen. Friede und Wohlstand sind dauerhaft ohne eine freie Marktwirtschaft nicht zu haben. Das erfordert, den Staat und seinen Einfluß auf das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben auf das stärkste zurückzudrängen. Und auch, das Geldmonopol des Staates zu beenden und einen Wettbewerb zuzulassen.

Doch diese ökonomischen Erkenntnisse geraten immer stärker in Vergessenheit. Vielen Politikern und auch Ökonomen mögen Sinns Empfehlungen daher zu radikal sein. Das aber wäre nicht sachgerecht. Wenn Kritik nötig ist, dann daran, daß sie nicht radikal genug sind.

► Öffentliche Abschiedsvorlesung von Professor Hans-Werner Sinn in München unter dem Titel „Rückblick auf ein halbes Jahrhundert“ Montag, 14. Dezember 2015, 18 Uhr Große Aula der Ludwig-Maximilians-Universität, Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München. Anmeldung über Presseabteilung@ifo.de erbeten.

Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse Kundennummer
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen! (falls zur Hand)

Vorname/Nachname

Straße/Nr. (kein Postfach)

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Datum/Unterschrift
Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen.

JF BUCHDIENST
JUNGE FREIHEIT Medienversand

gehen Sie online:
jf-buchdienst.de

Markus C. Kerber

Wehrt Euch, Bürger!

Wie die Europäische Zentralbank unser Geld zerstört



Best.-Nr.: 92895

EUR 9,99

Henryk M. Broder

Das ist ja irref!

Mein deutsches Tagebuch
Der Wahnsinn, wenn er epide-misch wird, heißt Vernunft!
Henryk M. Broder führt sechs Monate lang ein politisches Tagebuch über all die großen und kleinen Bankrotterklärungen unserer Eliten, die, so Broder, auf einen bevorstehenden Konkurs unseres Gemeinwesens hinweisen.
352 S., Pb.



Best.-Nr.: 92893

EUR 16,99

Klaus-Peter Willsch

Von Rettern und Rebellen

In Blick hinter die Kulissen unserer Demokratie
Ein Politikkrimi spannend, beängstigend und empörend zugleich!
Der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch pakt aus: Die Bundesregierung hielt dem Bundestag gegenüber Informationen über die Eurokrise zurück, beging Rechtsbrüche und versuchte, das Parlament zu betrogen.
288 S., geb.



Best.-Nr.: 92842

EUR 19,99

Ulrich Horstmann, Gerald Mann

Bargeldverbot

Alles, was Sie über die kommende Bargeldabschaffung wissen müssen
In Italien und Frankreich sind Bargeldzahlungen ab 1000 Euro illegal, und viele deutsche Banken haben neben Tageslimits schon Wochenlimits eingeführt.
Ab 2018 soll Bargeld in der EU ganz abgeschafft werden. Welche Folgen hat das für Sie, und wie können Sie sich schützen?
128 S., Pb.



Best.-Nr.: 92781

EUR 6,99

Peter Lüdemann

Abgezockt und kaltgestellt

Wie der deutsche Steuerzahler systematisch ausgeplündert wird
„Wir sind Untertanen, keine Bürger.“ Zumindest aus steuerrechtlicher Sicht trifft diese provokante These zu. Das deutsche Steuerrecht zielt darauf, Staatsbürger zu verunsichern, und letztendlich zu entmündigen. Sie sollen zahlen, aber bei der Gestaltung des Steuerrechts weder mitreden, noch auf die Verwendung ihrer Steuergelder Einfluss nehmen.
208 S., Pb.



Best.-Nr.: 92896

EUR 17,99

Joseph Plummer

Betrügerisches Geld

Wie eine geheime Elite ein System der Finanzkontrolle geschaffen hat und wie Sie sich dagegen wehren können
Durchschauen Sie das betrügerische System der Machtelite, die das globale Finanzsystem kontrolliert? Nein? Dann sollten Sie dieses Buch lesen! Es war noch nie einfacher, das Federale Reserve System zu verstehen. Eine Pflichtlektüre für alle! George Shepherd, Republic Magazine
176 S., geb.



Best.-Nr.: 92797

EUR 12,95

Janne Jörg Kipp

Die große Enteignung



Die nie dagewesene Verschuldung von Ländern in aller Welt ermöglicht dem Weltfinanzkartell eine Enteignung in großem Stil. Müssen wir mit einem globalen Crash rechnen? Mit Schuldenschnitten, Staatsbankrotten und Währungsreformen? Janne Jörg Kipp erörtert die Wahrscheinlichkeit dieser Szenarien. Gleichzeitig zeigt er Ihnen, welche Anlageformen von der Katastrophe bedroht sind und wo ihr Vermögen sicher ist.
336 S., geb.

Best.-Nr.: 92938

EUR 22,95

Abbildungen können vom Original abweichen!